Änderungs- und Entschließungsanträge

**zu der Beschlussempfehlung des Ausschusses für
Kultur, Jugend und Sport
– Drucksache 17/8087**

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes
für Baden-Württemberg
– Drucksache 17/7885 (Geänderte Fassung)**

1. Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP

Der Landtag wolle beschließen:

I. Artikel 1 Nummer 11 wird wie folgt gefasst:

„11. § 88 wird wie folgt gefasst:

„§ 88

Wahl des Bildungswegs

(1) Über alle weiteren Bildungswege nach der Grundschule entscheiden die Erziehungsberechtigten. Volljährige Schülerinnen und Schüler entscheiden selbst.

(2) In die Hauptschule und Werkrealschule, die Realschule, das Gymnasium, das Kolleg, die Berufsfachschule, das Berufskolleg, die Berufsoberschule und die Fachschule können nur Schülerinnen und Schüler aufgenommen werden, die nach ihrer Begabung und Leistung für die gewählte Schulart geeignet erscheinen.

(3) Für die Entscheidung der Erziehungsberechtigten über den Bildungsweg nach der Grundschule wird

1. eine pädagogische Gesamtwürdigung durch die Klassenkonferenz auf Grundlage der in Klasse 4 erreichten Noten sowie der überfachlichen Kompetenzen erstellt sowie
2. eine Kompetenzmessung, die vom Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg bereitgestellt wird, durchgeführt.

Voraussetzung für die Aufnahme einer Schülerin oder eines Schülers in das allgemein bildende Gymnasium ist

1. die Empfehlung des Besuchs des allgemein bildenden Gymnasiums als Ergebnis der pädagogischen Gesamtwürdigung nach Satz 1 Nummer 1 oder

2. die erfolgreiche Teilnahme an einer Kompetenzmessung nach Satz 1 Nummer 2 (Erreichen des Niveaus E)

sowie die Entscheidung der Eltern für diese Schulart. Sind die Voraussetzungen nach Satz 2 nicht erfüllt, kann die Aufnahme in das allgemein bildende Gymnasium auch aufgrund des Ergebnisses eines Potenzialtests erfolgen. Voraussetzung für die Aufnahme einer Schülerin oder eines Schülers in die Realschule ist

1. die Empfehlung des Besuchs des allgemein bildenden Gymnasiums oder der Realschule als Ergebnis der pädagogischen Gesamtwürdigung nach Satz 1 Nummer 1 oder

2. die erfolgreiche Teilnahme an einer Kompetenzmessung nach Satz 1 Nummer 2 (Erreichen des Niveaus E oder M)

sowie die Entscheidung der Eltern für diese Schulart. Sind die Voraussetzungen nach Satz 4 nicht erfüllt, kann die Aufnahme in die Realschule auch aufgrund des Ergebnisses eines Potenzialtests erfolgen.

(3) Das Verfahren der pädagogischen Gesamtwürdigung, der zentralen Kompetenzmessung, des Potenzialtests, der Aufnahme an der Schule sowie die Aufnahmevoraussetzungen für das allgemein bildende Gymnasium und die Realschule regelt das Kultusministerium durch Rechtsverordnung.

(4) Schülerinnen und Schüler, welche nach Begabung oder Leistung die Voraussetzungen für den erfolgreichen Besuch einer der in Absatz 2 genannten Schulen nicht erfüllen, werden aus der Schule entlassen; sie haben, falls sie noch schulpflichtig sind, eine Schule der ihrer Begabung entsprechenden Schulart zu besuchen. Satz 1 gilt nicht im Falle eines zieldifferenten Unterrichts nach § 15 Absatz 4.

(5) Auf Grundschulen in freier Trägerschaft finden die Absätze 1 bis 5 ebenfalls Anwendung.“

II. In Artikel 2 Nummer 2 werden in § 115c Absatz 1 die Sätze 1 und 2 wie folgt gefasst:

„Für Kinder ab Schuleintritt bis zum Beginn der Klasse 5 sowie für das Personal der Einrichtungen nach § 8b, der Horte und der Horte an der Schule in öffentlicher und freier Trägerschaft wird jährlich zum Stichtag 1. März eine Ganztagsausbaustatistik als Landesstatistik durchgeführt. Sie dient zur Erfüllung der Verpflichtungen des Landes aus §§ 99 Absatz 7 und 7c, 102 Absatz 2 Satz 2 SGB VIII sowie einer einheitlichen Erfassung der Inanspruchnahme von Bildungs- und Betreuungsangeboten dieser Kinder.“

III. Artikel 3 wird wie folgt geändert:

1. Nummer 1 wird wie folgt gefasst:

„1. § 6 wird wie folgt gefasst:

„§ 6

Werkrealschule, Hauptschule

(1) Die Werkrealschule vermittelt eine grundlegende und eine erweiterte allgemeine Bildung, die sich an lebensnahen Sachverhalten und Aufgabenstellungen orientiert. Sie fördert in besonderem Maße praktische Begabungen, Neigungen und Leistungen und stärkt die Schüler in ihrer Persönlichkeitsentwicklung. Sie ermöglicht den Schülern entsprechend ihrer Leistungsfä-

higkeit und ihren Neigungen eine individuelle Schwerpunktbildung insbesondere bei der beruflichen Orientierung. Sie schafft die Grundlage für eine Berufsausbildung und für weiterführende, insbesondere berufsbezogene schulische Bildungsgänge.

(2) Die Werkrealschule baut auf der Grundschule auf und umfasst sechs Schuljahre. Sie schließt mit einem Abschlussverfahren ab und vermittelt nach fünf oder sechs Schuljahren einen Hauptschulabschluss oder nach sechs Schuljahren einen Werkrealschulabschluss, welcher der Mittleren Reife gleichgestellt ist. Das Führen eines sechsten Schuljahres setzt voraus, dass eine Mindestschülerzahl erreicht wird; sie wird vom Kultusministerium durch Verwaltungsvorschrift festgelegt. Das sechste Schuljahr kann auch an zentralen Werkrealschulen angeboten werden. Soweit Schulen das sechste Schuljahr nicht anbieten und auch nicht mit einer das sechste Schuljahr anbietenden Schule nach Satz 1 kooperieren, führen sie die Schulartbezeichnung „Hauptschule“.

2. Nummer 7 wird gestrichen. Die Nummern 8 und 9 werden die Nummern 7 und 8.

IV. Artikel 6 Nummer 2 wird gestrichen. Die Nummern 3 bis 5 werden die Nummern 2 bis 4.

28.1.2025

Dr. Rülke, Dr. Timm Kern,
Birnstock, Fink-Trauschel
und Fraktion

Begründung

Zu I.

Die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung 2012 war ein schwerer bildungspolitischer Fehler. Nun soll die verbindliche Grundschulempfehlung wieder eingeführt werden, allerdings verbindlich nur für den Zugang zu allgemein bildenden Gymnasien. Dies widerspricht allerdings dem Telos einer verbindlichen Grundschulempfehlung, nämlich den Kindern den Zugang zu der weiterführenden Schulart zu ermöglichen, welche die Begabungen des jeweiligen Kindes bestmöglich fördert. Diese Kritik wird auch von Bildungsverbänden geteilt. Zudem muss aus Sicht der Freien Demokraten die Anwendung der verbindlichen Grundschulempfehlung mit der Zwei-Aus-Drei-Regel auch auf Grundschulen in freier Trägerschaft Anwendung finden, da ansonsten lediglich der Potenzialtest an den Gymnasien ausschlaggebend für den Besuch ebendieser wäre und hierdurch ein schwerwiegender Nachteil für Grundschulkinder, die Grundschulen in freier Trägerschaft besuchen, entstünde.

Zu II.

Mit der Schulgesetzänderung sollen unter anderem die Vorgaben des Bundes zur Statistik über den Ausbau von Einrichtungen der Ganztagsförderung (GaFöG) umgesetzt werden. Doch nach dem Willen der Landesregierung sollen nur die Kinder, nicht aber das in den jeweiligen Einrichtungen eingesetzte Personal erhoben werden. Aus Sicht der FDP/DVP-Fraktion ist die Erfassung des eingesetzten Betreuungspersonals zwingend geboten, da auf Grundlage des bestehenden Personals der künftige Personalbedarf verlässlich ermittelt werden könnte. Zudem ließen sich mit dieser Datengrundlage Aussagen hinsichtlich der Qualifikationen des eingesetzten Personals und des notwendigen Qualifizierungsbedarfes treffen. Informationen, die für eine zielgerichtete und qualitätsvolle Umsetzung des Ganztagsausbaus in Baden-Württemberg unerlässlich sind. Daher soll der Gesetzentwurf dahingehend geändert und um die statistische Erfassung des eingesetzten Betreuungspersonals ergänzt werden.

Zu III.

Zu Ziffer 1

Die Abschaffung des Werkrealschulabschlusses ist nach objektiven Gesichtspunkten nicht zu rechtfertigen. Dies deckt sich auch mit der Ablehnung der geplanten Abschaffung des Werkrealschulabschlusses seitens der Bürgerinnen und Bürger sowie der Mehrheit der Bildungsverbände. Deshalb sieht der Änderungsantrag eine Beibehaltung des status quo vor, ergänzt um eine deutlichere Hervorhebung der Gleichwertigkeit von Werkrealschulabschluss und Mittlerer Reife.

Zu Ziffer 2

Das vorliegende Konzept zur Ermöglichung von Kooperationsverbänden ist nicht ausgereift und beraubt die differenzierten Schularten, insbesondere die Haupt- und Werkrealschulen sowie Realschulen, ihres eigenständigen Charakters. Aus diesem Grund ist der betreffende Punkt ersatzlos zu streichen, da kein bildungspolitischer oder bildungsqualitativer Mehrwert erkennbar ist.

Zu IV.

Schulkindergärten sind ein freiwilliges Angebot für Kinder mit Behinderung ab drei Jahren, bei denen ein sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt wurde. Sie sollen Kinder mit Behinderung sowie von Behinderung bedrohte Kinder in ihrer gesamten Persönlichkeitsentwicklung so unterstützen, dass sie für den Besuch eines allgemeinen Kindergartens oder der Grundschule gut vorbereitet sind und sie künftig ein möglichst selbstbestimmtes Leben führen können. Damit erfüllen die Schulkindergärten eine wichtige Förder- und Bildungsfunktion. Mit der geplanten Schulgesetzänderung soll jedoch künftig der Schulaufsicht bei der Einrichtung oder Ausweitung eines Schulkindergartens Entscheidungsspielraum eingeräumt werden – bislang war den Anträgen der Träger auf Einrichtung oder Ausweitung bei Vorliegen eines öffentlichen Interesses zuzustimmen. Die Landesregierung begründet dieses Vorhaben damit, dass Schulkindergärten keine grundsätzliche Ausweitung erfahren sollen. Aus Sicht der FDP/DVP-Fraktion ist dieses Vorhaben abzulehnen, da dies eine massive Schwächung der wichtigen Schulkindergärten darstellt und Kinder mit Behinderungen eine individuell auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Bildungs- und Betreuungseinrichtung zu verlieren drohen.

2. Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

1. Deutsch-Lehrkräfte sowie pädagogische Fachkräfte mit bereits bestehender Zusatzqualifikation Sprache von der für die Tätigkeit als Sprachförderkraft im Rahmen des Sprachförderprogramms SprachFit geplanten Pflicht zur Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) auszunehmen;
2. Logopädinnen und Logopäden in das Sprachförderprogramm SprachFit einzubinden und den Einsatz als allein verantwortliche Sprachförderkraft in der Sprachförderung vor der Einschulung sowie in der Juniorklasse zuzulassen;
3. Kindertagespflegepersonen sowie ehrenamtliche Sprachförderkräfte in das Sprachförderprogramm SprachFit einzubinden und ihnen den Zugang zu den im Rahmen des Sprachförderprogramms SprachFit geplanten Qualifizierungsmaßnahmen des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) zu gestatten;
4. die rechtliche Grundlage zu schaffen, um die Befunde der Einschulungsuntersuchung (ESU), welche als Grundlage für die Feststellung eines Sprachförderbedarfs dienen, auch ohne Einwilligung der Erziehungsberechtigten an die jeweilige Kindertageseinrichtung übermitteln zu können;
5. die rechtliche Grundlage für den Transport der Kinder hinsichtlich der gesetzlichen Aufsicht, der Kostenübernahme, der zuständigen Organisation sowie der zumutbaren Distanz zu schaffen, wenn die verpflichtende Sprachförderung nicht in der jeweiligen Kindertageseinrichtung vor Ort, sondern in einer Grundschule stattfindet;
6. die durch das Sprachförderprogramm SprachFit geplanten regelmäßigen Berichte und Dokumentationen, welche von den Grundschulleitungen, den Leitungen der Kindertageseinrichtungen sowie der Sprachförderkräfte anzufertigen sind, möglichst digital und bürokratiearm zu gestalten und die Grundschulleitungen sowie die Leitungen der Kindertageseinrichtungen entsprechend von weiterer Bürokratie zu entlasten;
7. das gesamte Sprachförderprogramm SprachFit regelmäßig auf seine Wirksamkeit zu evaluieren;
8. weiterhin die Möglichkeit der Rückstellung vom Schulbesuch – auch bei einem vorliegenden Sprachförderbedarf – aufrechtzuerhalten, wenn der Entwicklungsstand des Kindes, insbesondere die sozial-emotionale Kompetenz, nicht altersentsprechend ausgeprägt ist.

28.1.2025

Dr. Rülke, Birnstock
und Fraktion

Begründung

Aus Sicht der FDP/DVP-Fraktion ist es nicht nachvollziehbar, dass alle bereits durch ihren Abschluss qualifizierten Fachkräfte (Deutsch-Lehrkräfte sowie pädagogische Fachkräfte mit bereits bestehender Zusatzqualifikation Sprache) erneut eine Qualifizierung absolvieren müssen, um als Sprachförderkraft im

Rahmen von SprachFit tätig werden zu dürfen. Dies bindet finanzielle und personelle Kapazitäten und verzögert den Einsatz der Sprachförderkräfte. Ebenso unverständlich ist der Ausschluss der hoch qualifizierten Logopädinnen und Logopäden sowie der ehrenamtlichen Sprachförderkräfte – und dies in Zeiten eines eklatanten Fachkräftemangels. Des Weiteren ist keine rechtliche Grundlage zur Übermittlung der ESU-Daten, welche die Grundlage für die Feststellung eines Sprachförderbedarfes bilden, auch ohne Einwilligung der Erziehungsberechtigten an die jeweiligen Kindertageseinrichtungen geplant. Damit können Erziehungsberechtigte bei nicht erfolgter Einwilligung der Datenübermittlung ihre Kinder der eigentlich verpflichtenden Sprachförderung vor der Schule in der Kindertageseinrichtung entziehen. Auch sind die rechtlichen Aspekte des Transports der Kita-Kinder, wenn die verpflichtende Sprachförderung in der Grundschule statt in der jeweiligen Kindertageseinrichtung stattfindet, hinsichtlich gesetzlicher Aufsicht, Kostenübernahme, Organisation und maximal zumutbarer Distanz bislang ungeklärt. Zudem droht den Grundschulleitungen, den Leitungen der Kindertageseinrichtungen sowie den Sprachförderkräften eine regelrechte Dokumentationsflut – diese gilt es, so bürokratiearm und digital wie möglich zu gestalten, um das betreffende Personal nicht noch weiter zu belasten. Insgesamt ist angesichts des außerordentlichen Umfangs des geplanten Sprachförderprogramms SprachFit eine regelmäßige Evaluation des gesamten Konzepts auf seinem tatsächlichen Wirken und Nutzen notwendig, um die hierfür veranschlagten Mittel auch tatsächlich sinnvoll und zielführend einzusetzen.

3. Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Der Landtag wolle beschließen:

I. Artikel 1 Nummer 11 wird gestrichen. Die Nummern 12 bis 18 werden die Nummern 11 bis 17.

II. Artikel 3 Nummer 2 wird wie folgt geändert:

1. Buchstabe b wird wie folgt gefasst:

„b) Absatz 3 wie folgt gefasst:

„(3) Die Schuljahre 1 und 2 werden in Form einer Orientierungsstufe geführt, bei der am Ende des ersten Schuljahrs keine Versetzungsentscheidung getroffen wird. In beiden Jahren der Orientierungsstufe wird sowohl auf dem grundlegenden als auch auf dem mittleren Niveau unterrichtet und geprüft.““

2. Buchstabe c wird wie folgt gefasst:

„c) Absatz 4 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Nach der Orientierungsstufe führt die Realschule entsprechend der Leistungsfähigkeit der Schüler zu den in Absatz 6 genannten Bildungszielen.““

28.1.2025

Stoch, Binder, Dr. Fulst-Blei
und Fraktion

Begründung

Zu I.

Es ist ein Irrglaube, dass die höhere Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung die Probleme in unserem Bildungssystem löst. Unsere Gesellschaft wird immer vielfältiger und so war und ist das Einsortieren in Schubladen abzulehnen. Statt Kinder am Ende der vierten Klassenstufe zu demotivieren und auszusortieren, sollten wir sie in diesem Lebensalter in besonderem Maße stärken.

Wirkliche Verbesserungen erreichen wir durch zusätzliche Ressourcen und Zeit für individuelle Förderung an unseren Schulen. Beispielsweise durch mehr Lehrkräfte und IT-Fachkräfte, mehr Förderstunden und den flächendeckenden Einsatz von multiprofessionellen Teams.

Der Antragsteller lehnt daher die höhere Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung ab und fordert, die bisherige Regelung beizubehalten.

Zu II.

Zur Förderung der Schülerinnen und Schüler an den Realschulen soll die Orientierungsstufe die Klassenstufen fünf und sechs umfassen und dort sowohl auf dem grundlegenden Niveau (G-Niveau) sowie auf dem mittleren Niveau (M-Niveau) gelernt werden. Solange alle Schülerinnen und Schüler in der Orientierungsstufe auf dem mittleren Niveau lernen müssen, wird das Konzept untergraben, und es kommt zu Frustrationserlebnissen. Durch die geforderten Änderungen soll die Orientierungsstufe endlich zur Stärkung und individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler beitragen.

4. Entschließungsantrag der Fraktion der SPD

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

zur Unterstützung der Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen sieben bis zehn, die weiterhin den achtjährigen Weg zum Abitur absolvieren müssen, ab dem Schuljahr 2025/2026 jeweils für die Fächer Mathematik und Deutsch sowie die erste Fremdsprache pro Woche und Jahrgang eine weitere Vertiefungsstunde zur Verfügung zu stellen.

28.1.2025

Stoch, Binder, Dr. Fulst-Blei
und Fraktion

Begründung

Die Einführung des neuen G9 ab dem Schuljahr 2025/2026 sieht ein Wechselrecht aus dem bisherigen G8 nur für die Klassenstufe sechs vor. Dies bedeutet, dass die bisherigen älteren Jahrgänge weiterhin die hohe Arbeitsbelastung des achtjährigen Wegs zum Abitur tragen müssen. Um diese Schülerinnen und Schüler zu unterstützen und zu entlasten, soll das bisher nur für die Klassenstufe zehn im geringen Umfang vorgesehene Hilfsmittel der Vertiefungsstunden deutlich ausgedehnt werden. Pro Zug sollen zwölf Wochenstunden zusätzlich bereitgestellt werden, die dazu dienen sollen, den Unterrichtsstoff in geteilten Klassen oder mittels Teamteaching einzuüben und zu vertiefen. Diese Maßnahme dient des Weiteren dazu, im Rahmen einer vorausschauenden Personalplanung gymnasiale Lehrkräfte für die spätere Ausdehnung im Rahmen des 13. Schuljahres am G9 einzustellen.

5. Entschließungsantrag der Fraktion der SPD

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,
das letzte Kindergartenjahr verbindlich und kostenfrei einzuführen.

28.1.2025

Stoch, Binder, Dr. Fulst-Blei
und Fraktion

Begründung

Laut Zahlen des Statistischen Landesamtes haben 2023 neun Prozent der Kinder nicht am letzten Kindergartenjahr teilgenommen. Auch diese müssen wir zukünftig erreichen. Denn das letzte Kindergartenjahr hat eine herausgehobene Bedeutung, da hier besonders diejenigen Kompetenzen gefördert werden, die Kinder für einen gelingenden Start in der Schule benötigen. Wir fordern daher, dass alle Kinder im letzten Jahr vor der Einschulung verbindlich eine Kindertageseinrichtung oder eine Kindertagespflege besuchen. Nur durch ein verbindliches letztes Kindergartenjahr können die durch die Änderung des Schulgesetzes verpflichtend eingerichteten Sprachfördergruppen an Kindertageseinrichtungen sinnvoll umgesetzt und alle Kinder gleichermaßen erreicht werden. Neben den verpflichtenden Sprachfördergruppen soll auch die alltagsintegrierte Sprachförderung ausgebaut werden. Kinder, die bislang keine Kindertageseinrichtung besucht haben, könnten besonders davon profitieren, wenn sie an sämtlichen Formen der Sprachförderung teilnehmen würden. Dadurch leistet das verbindliche letzte Kindergartenjahr einen wichtigen Beitrag zur Chancengerechtigkeit.

Wir wollen schrittweise den kostenfreien Kindergartenbesuch erreichen und dabei mit der Beitragsbefreiung im letzten Jahr vor der Einschulung beginnen; die Finanzierung des Elternbeitrags übernimmt das Land. Dadurch werden Familien mit Kindern entlastet und es wird ein verbindlicherer Übergang vom Kindergarten in die Schule geschaffen. Dies soll Anreize bieten, Kinder in den Kindergarten zu schicken.

6. Änderungsantrag der Fraktion der AfD

Der Landtag wolle beschließen,

Artikel 1 wird wie folgt geändert:

1. Nummer 2 wird wie folgt geändert:

a) Buchstabe a wird wie folgt gefasst:

„a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Wörter ‚berät die‘ durch die Wörter ‚erläutert den‘ ersetzt.

bb) Satz 3 wird aufgehoben.

cc) In Satz 4 werden nach dem Wort ‚erteilt‘ das Wort ‚verbindliche‘ und nach dem Wort ‚Grundschulempfehlung‘ die Wörter ‚für die Schularten Gymnasium, Realschule und Hauptschule und Werkrealschule‘ eingefügt.

dd) Satz 6 wird wie folgt gefasst:

„Sofern die Eltern mit der empfohlenen Schulart nicht einverstanden sind, kann die Entscheidung mittels eines zusätzlichen Tests überprüft werden.““

b) Buchstabe b wird wie folgt gefasst:

„b) Folgende Absätze 3 bis 6 werden angefügt:

„(3) Die verbindliche Grundschulempfehlung für das Gymnasium wird erteilt, wenn der Durchschnitt der Noten in den Fächern Deutsch, Mathematik und Sachunterricht in der Halbjahresinformation oder am Ende des Schuljahres 2,0 oder besser ist, keines dieser Fächer mit der Note „ausreichend“ oder schlechter benotet wurde und die Grundschullehrkraft aufgrund des Lern- und Arbeitsverhaltens des Schülers, der Art und Ausprägung seiner schulischen Leistungen und seiner Entwicklung pädagogisch einschätzt, dass er den Anforderungen des Gymnasiums voraussichtlich entsprechen wird.

(4) Die verbindliche Grundschulempfehlung für die Realschule wird erteilt, wenn der Durchschnitt der Noten in den Fächern Deutsch, Mathematik und Sachunterricht in der Halbjahresinformation oder am Ende des Schuljahres 2,5 oder besser ist und keines dieser Fächer mit der Note „ausreichend“ oder schlechter benotet wurde und die Grundschullehrkraft aufgrund des Lern- und Arbeitsverhaltens des Schülers, der Art und Ausprägung seiner schulischen Leistungen und seiner Entwicklung pädagogisch einschätzt, dass er den Anforderungen der Realschule voraussichtlich entsprechen wird.

(5) Die verbindliche Grundschulempfehlung für die Haupt-Werkrealschule wird erteilt, wenn der Durchschnitt der Noten in den Fächern Deutsch, Mathematik und Sachunterricht in der Halbjahresinformation oder am Ende des Schuljahres schlechter als 2,5 ist.

(6) Für Gemeinschaftsschulen oder beim Wechsel auf eine Gemeinschaftsschule bedarf es keiner verbindlichen Grundschulempfehlung.““

2. Nummer 11 wird wie folgt gefasst:

„11. In § 88 Absatz 4 Satz 1 werden die Wörter ‚; die Aufnahme in eine Schule gemäß § 73 Absatz 2 nicht deshalb, weil die Entscheidung der Erziehungsberechtigten für eine der auf der Grundschule aufbauenden Schularten nicht der Grundschulempfehlung entspricht‘ gestrichen.“

13.1.2025

Baron, Dr. Balzer, Hörner
und Fraktion

Begründung

Die Bildungsreformen mit dem Ziel, mehr Bildungsgerechtigkeit zu schaffen, haben die Hoffnung nicht erfüllt. Insbesondere die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung 2011, aber auch der kompetenzorientierte Unterricht und die Entwicklung zum Zwei-Säulen-Schulsystem mit der Einführung der Gemeinschaftsschule führten zum Absinken des Bildungsniveaus und zum Abrutschen der Schüler in Baden-Württemberg sowohl im Bundesländervergleich als auch allgemein im internationalen Vergleich. Die Leidtragenden sind die überforderten Kinder, denen aufgrund ständiger Misserfolgserebnisse der Spaß am Lernen abhandenkommt und das Selbstbewusstsein wegbricht. Viele Schüler in Baden-Württemberg schaffen nicht mehr die Mindeststandards in Grundfertigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen. Auch die Steigerung der Abbrecherquote innerhalb von zehn Jahren von 4,3 Prozent im Jahr 2012 auf 6,9 Prozent 2022 ist ein deutlicher Hinweis, dass die Änderungen von Nachteil für Baden-Württembergs Schulsystem und seine Schüler waren.

Die Schulart, die am meisten unter Druck geraten ist, ist die Realschule. Die starke Heterogenität aus leistungsschwachen und leistungsstarken Schülern ist nicht Teil des dreigliedrigen Schulkonzepts. Die negativen Folgen belegen die schlechten Ergebnisse verschiedener Studien. Die IQB-Ergebnisse zeigen, dass die verbindliche Grundschulempfehlung ihre Funktion erfüllt: Die Bundesländer, die diese nach Klasse vier noch haben (Bayern, Sachsen und Thüringen), liegen mit z. T. deutlichem Abstand auf den Plätzen 1, 2 und 3 bei den IQB-Resultaten.